



Rebekah Brooks ist nach dem Abhörskandal zurück.
Von Constantin Seibt

Die Hexe an der Macht

Ihr Spitzname lautet: «Die Hexe.» Sie ist die meistgehasste Frau Englands. Und für ein paar Jahre war sie auch die mächtigste. Und ist es wahrscheinlich bald wieder. Selbst zu Zeiten ihrer Ächtung gaben ihr ihre Anwälte einen weiteren Spitznamen: «Ihre Majestät.»

Dabei ist über Rebekah Brooks erstaunlich wenig bekannt ausser ihren Haaren: ein roter Feuererschweif. Sie gab kaum Interviews. Und niemand erinnert sich an persönliche Sätze von ihr. Oder politische. Doch ihr menschlich nicht nah zu sein, bedeutet nur eins: Du zählst nichts.

Denn Rebekah Brooks schaffte es, nicht nur eine enge Familienfreundin von Premierminister Toni Blair und dessen Frau zu sein. Sondern gleichzeitig auch eine enge Vertraute von Blairs Feind und Nachfolger Gordon Brown und dessen Frau. Und gleichzeitig dasselbe von dessen Feind und Nachfolger, dem damaligen Oppositionsführer und heutigen Premierminister David Cameron. Und natürlich von dessen Frau.

Das Einzige, was man von ihr weiss, ist, dass sie mit 14 Jahren einen Plan fasste: Chefredaktorin zu werden. Sie begann mit 20 als Sekretärin bei der Revolverzeitung «News of the World». Und wurde innert Kürze Ressortleiterin. «Sie hatte keine Erfahrung, aber es gab etwas an ihr, was einen dazu brachte, ihr zu helfen», sagte ein Kollege. «Letztlich bekam sie ihren Willen.»

Bald lernte sie den Medientycoon Rupert Murdoch kennen. Und stand ihm rasch näher als alle seine Kinder. Und wurde aber auch die Vertraute dieser Kinder. Dabei stieg sie auf: Sie wurde die jüngste Chefredaktorin Grossbritanniens, erst bei der «News», dann in der «Sun».

Ihre Kampagnen waren selbst für Britannien hart. Sie startete eine Serie mit Namen und Adressen von Pädophilen. Deren Häuser wurden danach belagert, so wie die Häuser von Leuten, die aus Irrtum auf der Liste standen, etwa ein Pädiater, also ein Kinderarzt.

Rebekah Brooks war längst nicht mehr hilfsbedürftig, sondern gefürchtet für ihre Wutanfälle. 2009 wurde sie CEO bei Murdoch. Und fiel 2011 abrupt: Der «Guardian» enthüllte, dass die «News» Telefonbeantworter von über 5000 Prominenten abgehört hatte, darunter den eines ermordeten Kindes, um an die letzten verzweifelte Anrufe der Eltern zu kommen.

Im Skandal danach wurde Murdoch gefragt, was seine Top-Priorität sei. Der blickte auf die Frau neben sich, Rebekah Brooks, und sagte: «Diese hier.» Danach schloss er «News of the World», eine Goldgrube mit 250 Mitarbeitern, um Brooks zu halten. Doch es klappte nicht. Sie musste zurücktreten und wurde verhaftet.

Im Prozess blieb sie eisenhart. Und niemand konnte ihr nachweisen, dass sie als Chefin gewusst hatte, was alle anderen gewusst hatten: Sie wurde freigesprochen. Und nun ist sie zurück. Sie wird Chefin für die elektronische Weiterentwicklung des Murdoch-Imperiums. Ein Top-Job.

Korruption Die Vetternwirtschaft im IT-Projekt Insieme hätte schon viel früher gestoppt werden müssen. *Von Christian Brönnimann*

Eklatante Defizite in der Führung des Departements

Ein paar Dutzend Einladungen, teilweise in einfache Beizen, aber auch in gehobene Restaurants; ab und zu ein Reislein nach Süddeutschland und spätabends als Abrundung ein Besuch im Strip-Club - von Korruption in grossem Stil kann beim Insieme-Strafprozess von dieser Woche wahrlich nicht gesprochen werden.

Der Wert aller Einladungen für den IT-Chef betrug rund 5000 Franken. Ein hoher Beamter mit einem Jahreslöh von rund 180 000 Franken lässt sich von solchen «Peanuts» kaum beeindrucken. Trotzdem wäre es falsch, den Prozess als unnötige Schaumschlägerei abzutun. Denn er machte die Kumpanei, die zwischen dem IT-Chefeinkäufer der Eidgenössischen Steuerverwaltung und zwei befreundeten Geschäftspartnern herrschte, in aller Deutlichkeit öffentlich.

Zur Erinnerung: Das gescheiterte Informatikprojekt Insieme der Eidgenössischen Steuerverwaltung wurde 2012 abgebrochen. Es kostete den Steuerzahler über 100 Millionen Franken. Angeklagt sind ein ehemaliger Informatikchef der Steuerverwaltung und zwei Manager aus der IT-Branche.

Es ist erschreckend, mit welcher Selbstverständlichkeit das Trio vorging: In gemeinsamer Absprache gründeten sie eine Firma, welcher der Beamte umgehend lukrative Insieme-Aufträge zuhielt. Gemäss den Ermittlungen hätte sich der Beamte ursprünglich sogar selber an der Firma beteiligen und sein Aktienanteil bei einem Anwalt hinterlegt werden sollen. Erst wenige Tage vor der Firmengründung erschien ihm das dann doch zu riskant.

Aussage gegen Aussage

In ihren ersten Geschäftsjahren lebte die Firma fast ausschliesslich von der Vermittlung von Informatikern für Insieme. Und zwar gut. Schon nach einem Quartal konnte sich der Firmenchef ein Salär von monatlich 13 000 Franken auszahlen. Das ist schamlose Vetternwirtschaft erster Güte. Doch reicht das für eine Verurteilung?

Kumpanei ist strafrechtlich kaum relevant. Das weiss auch die Bundesanwaltschaft. Deshalb hat sie den Beamten auch wegen Urkundenfälschung und ungetreuer Amtsführung

angeklagt. Bei Ersterem steht Aussage gegen Aussage. Der Beamte will Dokumente nicht rückdatiert, sondern höchstens verloren gegangene Unterlagen ersetzt haben. Zudem beharrt er darauf, Checklisten wahrheitsgetreu ausgefüllt zu haben.

Bezüglich der ungetreuen Amtsführung fällt es der Bundesanwaltschaft schwer, einen Schaden für den Bund nachzuweisen. Ob die Steuerverwaltung für Dienstleistungen überteuerte Preise bezahlt hat, bleibt im Kern eine hypothetische Frage.

Und ob das Gericht die Argumentation stützt, dass durch die Verstösse gegen das Beschaffungsrecht zumindest ein ideeller Schaden entstanden sei, ist fraglich. Wenn ja, müssten konsequenterweise etliche weitere Einkäufer der Bundesverwaltung ebenfalls vor Gericht gezerrt werden.

Jahrelange Versäumnisse

Der Prozessausgang ist ungewiss. Filz mit dem Strafrecht zu bekämpfen, ist ein schwieriges Unterfangen. Dafür gibt es disziplinarische Mittel. Es wäre die Aufgabe der Vorgesetzten gewesen, dafür zu sorgen, dass sich der Beschaffungschef an die gängigen Regeln zur Annahme von Einladungen, zu Integrität und Unbefangenheit hält.

Doch der 2012 geschasste Amtsdirektor Urs Ursprung liess seinen Mitarbeiter in fahrlässiger Weise schalten und walten. Auch der Insieme-Projekt-Leiter kümmerte sich nicht um das Gärtchen des Beschaffungschefs. Er war schon mit seinen eigenen Aufgaben heillos überfordert.

Die Justiz kann nicht etwas geradebiegen, das die politisch Verantwortlichen über Jahre hinweg versäumt haben. Insieme ist nicht an der Verfilzung zwischen Beschaffungschef und Lieferanten gescheitert, sondern an den eklatanten Führungsdefiziten in der Steuerverwaltung und im Finanzdepartement.

Deshalb lässt einen der Prozess zum Schluss auch etwas ratlos zurück. Eigentlich möchte man auch die tatsächlich Verantwortlichen für das 116-Millionen-Franken-Debakel in einer öffentlichen Anhörung schwitzen sehen - und nicht bloss dessen Nutzniesser.

US-Wirtschaft Verhindern Jobzahlen die Zinswende?
Von Walter Niederberger

Diktat der Kommastellen

Ein Banker ist wie ein Freund, der einem den Schirm ausleiht, wenn die Sonne scheint, und ihn zurückhaben will, wenn es regnet. Der Spruch, der Mark Twain zugeschrieben wird, kann auch die Befindlichkeit der amerikanischen Notenbank beschreiben, die zwischen ökonomischen Aufhellungen und Stürmen hin- und hergerissen werden. Mit ihrer Nullzinspolitik haben sie seit 2008 zwar den Anlegern sonnige Tage und schöne Gewinne erlaubt.

Doch je länger der Aufschwung der Finanzmärkte dauerte, desto klarer wurde, dass steigende Aktienkurse und eine robuste Wirtschaftsentwicklung nicht das Gleiche sind. So müssen die Notenbanker heute akzeptieren, dass ihre Politik des ultrabilligen Geldes in der realen Welt der Werktätigen nur bedingt Erfolg hatte. Dies zeigen die aktuellen Arbeitsmarktdaten aus den USA klar. Die Arbeitslosenquote sank noch einmal, und zwar mehr als erwartet auf nur noch 5,1 Prozent. Dies ist der beste Wert seit 2008, wie Präsident Obama auf Twitter stolz vermeldete. Doch es ist eine rein statistische Grösse, schuf die Wirtschaft im August doch nur noch 173 000 neue Stellen. Die Zahl ist geringer als erwartet und liegt um ein Viertel unter den Zunahmen in den ersten sieben Monaten dieses Jahres.

Hinter solchen, von Ökonomen mit der Lupe analysierten Kommastellen, versteckt sich die Tatsache, dass mehrere Millionen Amerikaner dauerhaft aus dem Arbeitsmarkt herausgedrückt wurden. Rund 15 Millionen suchen noch immer nach einer Stelle oder müssen sich gegen ihren Willen mit Teilzeitjobs begnügen. Diese oft schlecht bezahlten Stellen erklären, weshalb die Stundenlöhne auf Jahresbasis nicht mehr als 2,1 Prozent gestiegen sind. Das ist die Hälfte weniger, als Janet Yellen anvisiert. Die Notenbankchefin dürfte diese zu schwache Lohnentwicklung ins Spiel bringen, wenn sie Mitte September mit ihren Kollegen zur wichtigsten Sitzung des Jahres zusammenkommt und über eine erste Zinserhöhung seit 2006 befindet. Die Unsicherheiten im US-Arbeitsmarkt und die stürmische Wirtschaftslage in Asien und Europa könnten Yellen genügen, um den Zinsentscheid noch einmal zu verschieben und den Anlegern den Schirm ein wenig länger auszuleihen.

Widmers Woche Von Ruedi Widmer

